

NACHRICHTEN

Schweiz unterliegt in Strassburg

**URTEIL** sda. Die Schweiz muss einem Mann, der gegen seinen Willen in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wurde, eine Genugtuung von 10000 Franken zahlen. Es dauerte fünf Monate, bis er von den Behörden einen vor Gericht anfechtbaren Entscheid erhielt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat entschieden, dass diese Dauer zu lang sei und die Schweiz damit gegen die Menschenrechtskonvention (EMRK) verstossen habe. Gemäss EMRK hat jede Person, der die Freiheit entzogen wird, das Recht, dass ein Gericht innerhalb kurzer Frist über die Rechtmässigkeit des Freiheitsentzugs entscheidet.

Zulassungsstopp definitiv

**ÄRZTE** sda. Das Parlament hat den befristeten Zulassungsstopp definitiv ins Gesetz geschrieben. Die Kantone können die Zulassung neuer Ärzte von einem Bedürfnis abhängig machen, wobei der Bundesrat die Kriterien für den Bedürfnisnachweis festlegt. Die Regelung zielt vor allem auf ausländische Ärzte, die sich in der Schweiz niederlassen wollen.

Mafia im Schleppergeschäft

**GREZWACHE** sda. Hinter der organisierten Schleppertätigkeit stehen laut dem Chef des Schweizer Grenzschutzkorps (GWK), **Jürg Noth**, teilweise dieselben Organisationen, die auch im Drogen- und im Waffenhandel tätig sind. «Auch die Mafia hat ihre Hände im Spiel», so der GWK-Chef in einem Interview mit dem «Landboten». Die Grenzwachter fokussierten sich derzeit auf die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und auf ihre Aufgaben im Migrationsbereich. «Die Migration ist für unsere Mitarbeitenden sehr belastend», sagte Noth.

JSVP-Präsident Liebrand tritt ab

**WECHSEL** sda. **Anian Liebrand** (Bild) tritt als Präsident der Jungen SVP zurück.



Seine Demission erfolgt auf die Hauptversammlung vom 30. Januar. Berufliche Gründe gaben den Ausschlag für den Entscheid des 26-Jährigen, wie

die Jungpartei gestern mitteilte. Liebrand war 2014 zum Präsidenten der Jungpartei gewählt worden.

Ein Film erhitzt die Gemüter



Ausschnitt aus dem Propagandafilm des IZRS von vergangem Jahr. Screenshot Facebook

LUZERN Im neuen Film «Die wahrhaftige Morgendämmerung» des Islamischen Zentralrats Schweiz (IZRS) kommt die Stadt Luzern prominent vor. Die Verantwortlichen wehren sich gegen Kritik.

DEBORAH STOFFEL  
deborah.stoffel@luzernerzeitung.ch

Der IZRS hatte den Film schon wochenlang angekündigt. IZRS-Vorstandsmitglied Naim Cherni spricht darin mit Rebellenführer Abdullah al-Muhaysini, welcher der Al-Nusra-Front, einem Ableger der el Kaida in Syrien, nahesteht. Der Einstieg in den Film zeigt die Stadt Luzern. Die Kapellbrücke ist klar erkennbar. Von dort aus beginnt Cherni seine Reise nach Syrien.

Bereits vor einem Jahr hatte der IZRS in Kriens einen Propagandafilm über die Reaktion der Muslime auf das Minarettverbot gedreht. Darauf angesprochen, warum der IZRS seine Filme in der Zentralschweiz inszeniere, sagt Mediensprecher Qaasim Illi: «Ich habe keine Ahnung, warum Naim Cherni für den Vorspann seines Films Luzern gewählt hat. Das war seine persönliche Entscheidung.» Und ebenso sei es «Zufall», dass der Film über das Minarettverbot in Kriens spiele. «Die Landschaft passte, man konnte dort auch mit Drohnen filmen. Aber es hätte genauso gut das Berner Oberland sein können», sagt Illi.

«Luzern ist Islamisten-Hochburg»

Alles nur Zufall? In den letzten Jahren wurden mehrere Fälle von radikalen Muslimen bekannt, die alle in Kriens verkehrten. Und aktuell gibt die Krienser

Moschee Dar Assalam zu reden, weil dort ein Iraker seine extremen Ansichten geäußert haben soll (siehe Artikel im Regionalteil). Gegen den Mann läuft ein Strafverfahren wegen Unterstützung des Islamischen Staats.

Dass Luzern im am Samstag veröffentlichten Video des IZRS erneut vorkommt, beweise für ihn, dass die Zentralschweiz eine Hochburg der Islamisten sei, sagt SVP-Kantonsrat Pirmin Müller (SVP). «In Luzern missbraucht der IZRS beispielsweise die Barmherzigkeitsmoschee als Treffpunkt und Plattform. Deren Anhänger verherrlichen öffentlich die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und el Kaida.» Müller findet, die Verantwortlichen der Moschee nähmen ihre Verantwortung nicht wahr. «Die Politik ist jetzt in der Pflicht, der Polizei die entsprechenden Kompetenzen zu gewähren, damit sie wirkungsvoll gegen Islamismus und Terrorismus in unserer Region vorgehen kann.»

Zuständigkeit liegt beim Bund

Müller hatte nach dem ersten Film des IZRS eine Anfrage beim Luzerner Regierungsrat eingereicht. Er fragt darin, welche Möglichkeiten bestünden, die «Aktivitäten von extremistischen Organisationen in Luzern zu erschweren oder einzuschränken» oder «die Finanzierung des IZRS zu durchleuchten». Der Regierungsrat antwortete darauf: Für solche Fragestellungen sei der Bund und insbesondere der Nachrichtendienst des Bundes zuständig. Müller ist mit dieser Erklärung nicht zufrieden: «Wir haben in der Schweiz das Subsidiaritätsprinzip, die Probleme müssen dort gelöst werden, wo sie anfallen», sagt er.

«Versuch, den IS zurückzudrängen»

Umstritten bleibt, welche Ziele der IZRS mit seinem Film verfolgt. Sprecher Illi bestreitet den Vorwurf, der Islamische Zentralrat pflege enge Verbindun-

gen zu Dschihadisten. Und er rechtfertigt die unkritische Darstellung einer Gesellschaft, in der die Scharia gilt, im Film. Die Scharia sei integraler Bestandteil des Islams und organisiere das ganze Leben eines Muslims. Mit dem Film von Cherni wolle der IZRS zeigen, dass das Handeln des IS nicht in der islamischen Tradition stehe. «Der Film ist ein kleiner Beitrag zum Versuch, die Ideologie der Terrormiliz IS zurückzudrängen», sagt Illi.

Scharfe Kritik an diesen Aussagen übt Valentina Smajli, Vizepräsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam.

Mit solchen Interviews und Videos finde keine Abgrenzung gegenüber dem IS statt. «Im Gegenteil, sie ermutigen nur noch mehr Jugendliche dazu, nach Syrien zu reisen», sagt Smajli. Ihnen werde vorgemacht, dass el Kaida und ihnen nahestehende Organisationen eine reale islamische Alternative zum IS seien. «Dabei unterscheiden sich diese zwei Organisationen ideologisch kaum voneinander», sagt Smajli. Beide basierten auf dem saudischen Wahhabismus, einer ultraorthodoxen puritanischen Strömung, die auf einer Rechtsschule des sunnitischen Islams basiert.

Dschihadisten sollen ausgebürgert werden

**NATIONALRAT** sda. Der Nationalrat will das Problem des Dschihadismus in der Schweiz mit Ausbürgerungen lösen. Er hat am Montag eine parlamentarische Initiative von SVP-Präsident Toni Brunner (St. Gallen) angenommen, welche Söldner ins Visier nimmt. Brunner fordert, dass Doppelbürgern, die in der Schweiz oder im Ausland extremistische Gewalttaten verüben oder an Kampfhandlungen teilnehmen, das Schweizer Bürgerrecht zwingend aberkannt wird.

Der IS breite sich in Europa und den USA aus, sagte Brunner. Auch in der Schweiz bildeten sich Terrorzellen. Für den SVP-Präsidenten sind dschihadistische Söldner als Schweizer Bürger aber «nicht tragbar». Da dürfe man den Vollzugsbehörden auch keinen Ermessensspielraum geben.

Der Automatismus war einer der Gründe, warum sich die vorberatende Kommission gegen die Initiative aus-

gesprochen hatte. Es sei gefährlich, wenn sich der Gesetzgeber zur Judikative aufschwinge, sagte Kommissionsprecher Kurt Fluri (FDP, Solothurn). «Damit verletzt er die Gewaltenteilung.»

Gegner: Geltendes Recht reicht

Er warnte auch vor Symbolpolitik. Gegen den einzigen Doppelbürger, der bekanntermassen an dschihadistischen Aktivitäten teilgenommen habe, sei das Ausbürgerungsverfahren bereits im Gange, sagte Fluri. Das ist schon nach heutigem Recht möglich, wenn Doppelbürger gegen die Interessen oder das Ansehen der Schweiz handeln. Die Mittel des geltenden Strafrechts genügen, sagte Fluri.

Der Nationalrat nahm die parlamentarische Initiative trotz dieser Bedenken am mit 102 zu 85 Stimmen. Neben der SVP stimmte vor allem die CVP nahezu geschlossen für den Vorstoss. Die Initiative geht nun an den Ständerat.

ANZEIGE

**Gewinnerin 4.12.: Rosina Banz, Kriens**  
**Gewinner 5.12.: Ruth Emmenegger, Flühl**  
**Gewinner 6.12.: Peter Bösiger, Oberarth**

**18 14 21 22 11 7 19 17 13 12 5**

**GROSSES ADVENTSSPIEL**

**Täglich Fr. 100.- zu gewinnen!** **So sind Sie dabei:**

Jeden Tag bis zum 24. Dezember 2015 wird in der grossen Geschenkbox (Abb. links) ein Zeitungsausschnitt der aktuellen Tagesausgabe abgebildet. Finden Sie den Ausschnitt und geben Sie uns an, auf welcher Zeitungssseite (Seitenzahl) sich dieser befindet.

Als **Hauptpreis** verlosen wir unter allen Teilnehmenden ein Verwöhnarrangement für zwei im Wert von Fr. 1000.- im Hotel Schweizerhof Luzern!

**\*Geben Sie überall Seitenzahl, Name, Adresse und Ihre Telefonnummer an.**  
 Wählen Sie die **Telefonnummer\*** 0901 30 40 66 (Fr. 1.50/Anruf). Oder senden Sie ein **SMS\*** mit Keyword ADVENT an die Kurznummer 4636 (Fr. 1.50/SMS). Per **WAP\***: Gratisteilnahme unter folgendem Link möglich: wap.neuelz.twister.ch/advent (WAP nur via Handy oder Smartphone!)

**Teilnahmeschluss:** Mittwoch, 9. Dezember, um Mitternacht.  
 Die GewinnerInnen werden ausgelost und schriftlich benachrichtigt. Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter der LZ Medien Holding dürfen an der Verlosung nicht teilnehmen.

**spi&L**  
 HOTEL SCHWEIZERHOF  
 LÜZERNER ZEITUNG ZUGER ZEITUNG NIDWALDNER ZEITUNG OBWALDNER ZEITUNG URNER ZEITUNG SONNTAG